

Bundesgesetzblatt ²⁷⁴¹

Teil II

G 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 18. Dezember 1996

Nr. 53

Tag	Inhalt	Seite
11. 12. 96	Verordnung zu dem Abkommen vom 21. Dezember 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über die deutschen Kriegsgräber in der Republik Armenien	2742
11. 12. 96	Verordnung zu dem Abkommen vom 22. Dezember 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaidschanischen Republik über die deutschen Kriegsgräber in der Aserbaidschanischen Republik	2745
11. 12. 96	Verordnung zu dem Abkommen vom 24. Januar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über Kriegsgräber	2750
29. 10. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	2755
29. 10. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1990 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölverschmutzung	2755
4. 11. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	2756
4. 11. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß	2757
5. 11. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen	2757
5. 11. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	2758
5. 11. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Verordnungen zu Regelungen nach dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	2759
8. 11. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen	2760
8. 11. 96	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2761
8. 11. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	2763
12. 11. 96	Bekanntmachung des deutsch-paraguayischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2763
6. 12. 96	Bekanntmachung zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife sowie über die Erhebung von Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)	2765
11. 12. 96	Bekanntmachung von Änderungen der Klasseneinteilung der internationalen Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken	2771

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 21. Dezember 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Armenien
über die deutschen Kriegsgräber in der Republik Armenien**

Vom 11. Dezember 1996

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1994 zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge (BGBl. 1994 II S. 598) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Eriwan am 21. Dezember 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über die deutschen Kriegsgräber in der Republik Armenien wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Claudia Nolte

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über die deutschen Kriegsgräber in der Republik Armenien

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Armenien –

in dem Wunsch, für die im Hoheitsgebiet der Republik Armenien liegenden deutschen Kriegsgräber eine endgültige Regelung zu schaffen,

in dem Bestreben, die Erhaltung und Pflege dieser Gräber in würdiger Weise und gemäß den Bestimmungen des geltenden humanitären Völkerrechts sicherzustellen,

in Ausführung von Artikel 18 des Vertrags vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

- a) „deutsche Kriegstote“:
- Angehörige der deutschen Streitkräfte,
 - diesen nach deutschem Recht gleichgestellte Personen,
 - sonstige Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges 1914/1918 oder des Krieges 1939/1945 oder nach ihrer Deportation gestorben sind;
- b) „deutsche Kriegsgräber“:
- die im Hoheitsgebiet der Republik Armenien liegenden Gräber deutscher Kriegstoter;
- c) „deutsche Kriegsgräberstätten“:
- die im Hoheitsgebiet der Republik Armenien noch existierenden, auffindbaren oder neu anzulegenden Friedhöfe oder Teile von Friedhöfen, auf denen deutsche Kriegstote bestattet sind.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Republik Armenien gewährleistet den Schutz der deutschen Kriegsgräber und das dauernde Ruherecht für die deutschen Kriegstoten in ihrem Hoheitsgebiet und hält die Umgebung der deutschen Kriegsgräberstätten von allen Anlagen frei, die mit der Würde dieser Stätten nicht vereinbar sind.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, die deutschen Kriegsgräber und deutsche Kriegsgräberstätten in der Republik Armenien auf ihre Kosten herzurichten und zu pflegen.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Republik Armenien überläßt für Vergangenheit und Zukunft kostenlos und auf unbegrenzte Dauer die als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen als dauernde Ruhestätten für die deutschen Kriegstoten.

(2) Eigentumsrechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Für notwendig erachtete Änderungen der Grenzen von als deutsche Kriegsgräberstätten genutzten Geländeflächen werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien oder den von ihnen bezeichneten Stellen geklärt. Wird im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien ein Gelände ganz oder teilweise nicht mehr für den vorgesehenen Zweck genutzt, so hat diese Änderung für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verlust des Nutzungsrechts daran zur Folge.

(3) Sollte ein Gelände nach Absatz 1 aus zwingenden öffentlichen Gründen für eine andere Verwendung benötigt werden, so stellt die Regierung der Republik Armenien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein anderes geeignetes Gelände zur Verfügung und übernimmt die Kosten für die Umbettung der Toten und für die Herrichtung der neuen Gräber. Die Auswahl des neuen Geländes, seine Herrichtung sowie die Durchführung der Umbettung erfolgen in beiderseitigem Einvernehmen.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Republik Armenien gestattet, ohne daß ihr daraus Kosten entstehen und nachdem ihr ein Plan zur vorherigen Zustimmung vorgelegen hat, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Gräber der deutschen Kriegstoten, deren Umbettung die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für notwendig erachtet, zusammenzulegen. Die Ausbettung von deutschen Kriegstoten erfolgt durch von deutscher Seite benannte Kräfte.

(2) Über jede Umbettung eines deutschen Kriegstoten wird ein Protokoll angefertigt, in dem die alte und die neue Grablage, die Personalien, die Beschriftung der Erkennungsmarke oder andere Identifizierungsmerkmale genannt sind.

(3) Soweit nachweisbar ehemals vorhandene deutsche Kriegsgräberstätten auf armenischem Boden durch zwischenzeitliche infrastrukturelle Veränderungen aufgelassen und die dort bestatteten deutschen Toten nicht mehr zu bergen sind, gestattet die Regierung der Republik Armenien auf Antrag der deutschen Seite hin die Errichtung von Gedenkstätten in schlichter und würdiger Form an diesen ehemaligen Standorten. Die Regierung der Republik Armenien stellt hierfür geeignetes Gelände zur Verfügung.

(4) Soweit zur Ermöglichung einer endgültigen Bestattung auf einer deutschen Kriegsgräberstätte eine provisorische Bestattung deutscher Kriegstoter, die auf armenischem Boden gefunden werden, erforderlich wird, trifft die Regierung der Republik Armenien Vorkehrungen für deren ordnungsgemäße und würdige provisorische Bestattung und Kennzeichnung der Grabstätten.

Artikel 5

Sofern sich auf deutschen Kriegsgräberstätten neben deutschen Kriegsgräbern auch Gräber von Kriegstoten anderer Staaten befinden, ist diese Tatsache bei Entscheidungen über Erhaltung und Pflege dieser Gräber angemessen zu berücksichtigen.

Artikel 6

(1) Die Überführung deutscher Kriegstoter aus dem Hoheitsgebiet der Republik Armenien in die Bundesrepublik Deutschland bedarf der vorherigen Zustimmung der Regierung der Bundes-

republik Deutschland. Die Regierung der Republik Armenien gestattet eine solche Überführung nur bei Vorliegen dieser Zustimmung.

(2) Der Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedürfen auch Anträge an die Regierung der Republik Armenien, die eine Überführung deutscher Kriegstoter in Drittländer zum Zweck haben.

(3) Alle Kosten und Gebühren für die Ausbettung und Überführung von deutschen Kriegstoten ins Ausland gehen zu Lasten der Antragsteller.

(4) Bei der Ausbettung von deutschen Kriegstoten zur Überführung können Vertreter der Behörden beider Vertragsparteien anwesend sein.

Artikel 7

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ (nachstehend „VOLKS-BUND“ genannt) mit der technischen Durchführung der Aufgaben in der Republik Armenien, die sich aus diesem Abkommen für die deutsche Seite ergeben.

(2) Die Regierung der Republik Armenien überträgt dem Veteranenrat der Republik Armenien ähnliche Aufgaben.

(3) Für den Fall, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder die Regierung der Republik Armenien eine andere Organisation beauftragen will, wird hierüber Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien hergestellt.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Republik Armenien gewährt dem VOLKS-BUND jede mögliche Unterstützung, insbesondere den Zugang zu den bei allen Behörden und sonstigen Einrichtungen jetzt oder in Zukunft verfügbaren Unterlagen über deutsche Kriegsgräber und verstorbene deutsche Soldaten. Andere Vereinbarungen und Absprachen bleiben unberührt.

(2) Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der VOLKS-BUND Vertreter, Fachkräfte und sonstiges Personal in die Republik Armenien entsenden.

Artikel 9

(1) Der VOLKS-BUND bedient sich bei der Ausführung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Arbeiten nach Möglichkeit örtlicher Arbeitskräfte und örtlichen Materials gemäß den im freien Wettbewerb üblichen Bedingungen.

(2) Der VOLKS-BUND kann auch aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör, die für die Durchführung der in diesem Abkommen erwähnten Arbeiten erforderlich sind, in der Republik Armenien einführen und wieder ausführen.

(3) Für die Zollabfertigung dieser Waren gilt folgendes:

a) Vorübergehend eingeführte Geräte und Transportmittel werden bei ihrer Einfuhr in die Republik Armenien auf Einfuhr-Ausfuhr-Zollvermerk mit dem Vorbehalt abgefertigt, daß die genannten Geräte und Transportmittel nach Beendigung der Arbeiten wieder ausgeführt werden;

b) Material und Zubehör, das für die Errichtung, Ausschmückung oder Pflege der Gräber, Gedenkstätten oder Friedhöfe bestimmt ist, bleibt frei von Einfuhrabgaben, wenn den Zollbehörden zusätzlich zur regulären Einfuhrerklärung vorgelegt werden:

- eine genaue Aufstellung der eingeführten Waren,
- eine von einer dazu ordnungsgemäß befugten Person unterzeichnete Verpflichtungserklärung, die die verpflichtende Zusicherung enthält, daß die genannten Waren nur für die in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Artikel 10

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 vereinbarte Überlassung der als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen gibt dem VOLKS-BUND die Befugnis, im Rahmen der einschlägigen armenischen Rechtsvorschriften alle Herrichtungs- und Verschönerungsarbeiten auf den Kriegsgräberstätten sowie den Bau geeigneter Zufahrtswege, Aufenthaltsräume und sonstige Einrichtungen für Besucher unmittelbar auszuführen.

(2) Der VOLKS-BUND sorgt dafür, daß bei Bauarbeiten alle hygiene- und gesundheitsrechtlichen Anforderungen beachtet werden, die die armenischen Gesetze vorsehen. Er befolgt die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Friedhofsordnungen.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Republik Armenien
Papasian

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 22. Dezember 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Aserbaidschanischen Republik
über die deutschen Kriegsgräber
in der Aserbaidschanischen Republik**

Vom 11. Dezember 1996

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1994 zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge (BGBl. 1994 II S. 598) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Baku am 22. Dezember 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaidschanischen Republik über die deutschen Kriegsgräber in der Aserbaidschanischen Republik wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Claudia Nolte

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Aserbaidshanischen Republik
über die deutschen Kriegsgräber in der Aserbaidshanischen Republik

Соглашение
между Правительством Федеративной Республики Германия
и Правительством Азербайджанской Республики
о немецких военных могилах в Азербайджанской Республике

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Aserbaidshanischen Republik –

Правительство Федеративной Республики Германия
 и
 Правительство Азербайджанской Республики,

in dem Wunsch, für die im Hoheitsgebiet der Aserbaidshanischen Republik liegenden deutschen Kriegsgräber eine endgültige Regelung zu schaffen,

желая окончательно урегулировать вопросы в отношении расположенных на территории Азербайджанской Республики немецких военных могил,

in dem Bestreben, die Erhaltung und Pflege dieser Gräber in würdiger Weise und gemäß den Bestimmungen des geltenden humanitären Völkerrechts sicherzustellen,

стремясь обеспечить сохранность этих могил и уход за ними достойным образом и в соответствии с положениями действующего международного гуманитарного права,

sind wie folgt übereingekommen:

договорились о следующем:

Artikel 1

Статья 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

В смысле настоящего Соглашения нижеследующие термины означают:

- a) „deutsche Kriegstote“:
- Angehörige der deutschen Streitkräfte,
 - diesen nach deutschem Recht gleichgestellte Personen,
 - sonstige Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges 1914/1918 oder des Krieges 1939/1945 oder nach ihrer Deportation gestorben sind;
- b) „deutsche Kriegsgräber“:
- die im Hoheitsgebiet der Aserbaidshanischen Republik liegenden Gräber deutscher Kriegstoter;
- c) „deutsche Kriegsgräberstätten“:
- die im Hoheitsgebiet der Aserbaidshanischen Republik noch existierenden, auffindbaren oder neu anzulegenden Friedhöfe oder Teile von Friedhöfen, auf denen deutsche Kriegstote bestattet sind.

- a) “погибшие в войнах немцы“:
- лица, входившие в состав германских вооруженных сил,
 - приравненные к ним в соответствии с германским законодательством лица,
 - прочие лица с германским гражданством, умершие в результате событий в войне 1914–1918 гг., а также в войне 1939–1945 гг., либо в результате их депортации;
- б) “немецкие военные могилы“:
- находящиеся на территории Азербайджанской Республики могилы погибших в войнах немцев;
- в) “немецкие военные захоронения“:
- кладбища или участки кладбищ на территории Азербайджанской Республики, которые еще существуют, могут быть обнаружены или будут вновь заложены, и на которых захоронены, погибшие в войнах немцы.

Artikel 2

Статья 2

(1) Die Regierung der Aserbaidshanischen Republik gewährleistet den Schutz der deutschen Kriegsgräber und das dauernde Ruherecht für die deutschen Kriegstoten in ihrem Hoheitsgebiet.

1) Правительство Азербайджанской Республики обеспечивает на своей территории защиту немецких военных могил и право на вечный покой погибших в войнах немцев.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, die deutschen Kriegsgräber und deutsche Kriegsgräberstätten in der Aserbaidshanischen Republik auf ihre Kosten herzurichten und zu pflegen.

2) Правительство Федеративной Республики Германия вправе за свой счет осуществлять благоустройство и уход за немецкими военными могилами и захоронениями в Азербайджанской Республике.

Artikel 3

(1) Zur Durchführung von Artikel 2 stellt die Regierung der Aserbaidschanischen Republik kostenlos und auf unbegrenzte Dauer die erforderlichen Geländeflächen als dauernde Ruhestätten für die deutschen Kriegstoten zur Verfügung.

(2) Eigentumsrechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Aserbaidschanischen Republik gestattet, ohne daß ihr daraus Kosten entstehen und nachdem ihr ein Plan zur vorherigen Zustimmung vorgelegen hat, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Gräber der deutschen Kriegstoten, deren Umbettung die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für notwendig erachtet, zusammenzulegen. Die Ausbettung von deutschen Kriegstoten erfolgt durch von deutscher Seite benannte Kräfte.

(2) Über jede Umbettung eines deutschen Kriegstoten wird ein Protokoll angefertigt, in dem die alte und die neue Grablage, die Personalien, die Beschriftung der Erkennungsmerkmale oder andere Identifizierungsmerkmale genannt sind.

(3) Soweit nachweisbar ehemals vorhandene deutsche Kriegsgräberstätten auf aserbaidschanischem Boden durch zwischenzeitliche infrastrukturelle Veränderungen aufgelassen und die dort bestatteten deutschen Toten nicht mehr zu bergen sind, gestattet die Regierung der Aserbaidschanischen Republik auf Antrag der deutschen Seite hin die Errichtung von Gedenkstätten in schlichter und würdiger Form an diesen ehemaligen Standorten. Die Regierung der Aserbaidschanischen Republik stellt hierfür geeignetes Gelände zur Verfügung.

(4) Soweit zur Ermöglichung einer endgültigen Bestattung auf einer deutschen Kriegsgräberstätte eine provisorische Bestattung deutscher Kriegstoter, die auf aserbaidschanischem Boden gefunden werden, erforderlich wird, trifft die Regierung der Aserbaidschanischen Republik Vorkehrungen für deren ordnungsgemäße und würdige provisorische Bestattung und Kennzeichnung der Grabstätten.

Artikel 5

Sofern sich auf deutschen Kriegsgräberstätten neben deutschen Kriegsgräbern auch Gräber von Kriegstoten anderer Staaten befinden, ist diese Tatsache bei Entscheidungen über Erhaltung und Pflege dieser Gräber angemessen zu berücksichtigen.

Artikel 6

(1) Die Überführung deutscher Kriegstoter aus dem Hoheitsgebiet der Aserbaidschanischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland bedarf der vorherigen Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung der Aserbaidschanischen Republik gestattet eine solche Überführung nur bei Vorliegen dieser Zustimmung.

(2) Der Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedürfen auch Anträge an die Regierung der Aserbaidschanischen Republik, die eine Überführung deutscher Kriegstoter in Drittländer zum Zweck haben.

(3) Alle Kosten und Gebühren für die Ausbettung und Überführung von deutschen Kriegstoten ins Ausland gehen zu Lasten der Antragsteller.

(4) Bei der Ausbettung von deutschen Kriegstoten zur Überführung können Vertreter der Behörden beider Vertragsparteien anwesend sein.

Статья 3

1) Во исполнение ст. 2 Правительство Азербайджанской Республики предоставляет безвозмездно и на неограниченный срок необходимые участки земли как место вечного покоя погибших в войнах немцев.

2) Права собственности не затрагиваются данным Соглашением.

Статья 4

1) Правительство Азербайджанской Республики разрешает правительству Федеративной Республики Германия объединить могилы погибших в войнах немцев, перезахоронение которых правительство Федеративной Республики Германия считает необходимым, если в связи с этим для правительства Азербайджанской Республики не возникнут расходы, и после рассмотрения предоставленного ему для предварительного согласия соответствующего плана. Изъятие погибших в войнах немцев осуществляется специалистами по выбору германской стороны.

2) О каждом перезахоронении погибшего в войнах немца составляется протокол, в котором указываются прежние и новое расположение могилы, личные данные, надпись на личном знаке или иные опознавательные признаки.

3) Если немецкие военные захоронения на азербайджанской земле, о прежнем существовании которых имеются доказательства, теперь вследствие изменений инфраструктуры прекратили свое существование, и изъятие останков захороненных там погибших в войнах немцев не представляется возможным, то правительство Азербайджанской Республики по ходатайству германской стороны разрешает установку в этих местах простых и достойных памятных мест. Правительство Азербайджанской Республики предоставляет для этого подходящий участок.

4) Если до окончательного погребения на участке какому-либо немецкого военного захоронения потребуется временно похоронить обнаруженные на азербайджанской земле останки погибших в войнах немцев, то правительство Азербайджанской Республики примет меры для их надлежащего и достойного временного погребения и обозначения могил.

Статья 5

Если на участках немецких военных захоронений наряду с немецкими военными могилами имеются также могилы погибших в войнах из других государств, то этот факт должен подобающим образом учитываться при решении относительно сохранения этих могил и ухода за ними.

Статья 6

1) Перевозка останков погибших в войнах немцев с территории Азербайджанской Республики в Федеративную Республику Германия требует предварительного согласия правительства Федеративной Республики Германия. Правительство Азербайджанской Республики позволяет осуществление таких перевозок только при наличии этого согласия.

2) Согласие правительства Федеративной Республики Германия требуется также в случае ходатайств к правительству Азербайджанской Республики с целью перевозки останков погибших в войнах немцев в третьи страны.

3) Все расходы и сборы по изъятию и перевозке за границу погибших в войнах немцев несет ходатайствующая сторона.

4) При эксгумации останков погибших в войнах немцев с целью их перевозки могут присутствовать представители властей обеих договаривающихся сторон.

Artikel 7

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ (nachstehend „VOLKSBUND“ genannt) mit der technischen Durchführung der Aufgaben in der Aserbaidschanischen Republik, die sich aus diesem Abkommen für die deutsche Seite ergeben.

(2) Für den Fall, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine andere Organisation beauftragen will, wird hierüber Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien hergestellt.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Aserbaidschanischen Republik gewährt dem VOLKSBUND jede mögliche Unterstützung, insbesondere den Zugang zu den bei allen Behörden und sonstigen Einrichtungen jetzt oder in Zukunft verfügbaren Unterlagen über deutsche Kriegsgräber und verstorbene deutsche Soldaten. Andere Vereinbarungen und Absprachen bleiben unberührt.

(2) Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der VOLKSBUND Vertreter, Fachkräfte und sonstiges Personal in die Aserbaidschanische Republik entsenden.

Artikel 9

(1) Der VOLKSBUND bedient sich bei der Ausführung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Arbeiten nach Möglichkeit örtlicher Arbeitskräfte und örtlichen Materials gemäß den im freien Wettbewerb üblichen Bedingungen.

(2) Der VOLKSBUND kann auch aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör, die für die Durchführung der in diesem Abkommen erwähnten Arbeiten erforderlich sind, in die Aserbaidschanische Republik einführen und wieder ausführen.

(3) Für die Zollabfertigung dieser Waren gilt folgendes:

- a) Vorübergehend eingeführte Geräte und Transportmittel werden bei ihrer Einfuhr in die Aserbaidschanische Republik auf Einfuhr-Ausfuhr-Zollvermerk mit dem Vorbehalt abgefertigt, daß die genannten Geräte und Transportmittel nach Beendigung der Arbeiten wieder ausgeführt werden;
- b) Material und Zubehör, das für die Errichtung, Ausschmückung oder Pflege der Gräber, Gedenkstätten oder Friedhöfe bestimmt ist, bleibt frei von Einfuhrabgaben, wenn den Zollbehörden zusätzlich zur regulären Einfuhrerklärung vorgelegt werden:
 - eine genaue Aufstellung der eingeführten Waren,
 - eine von einer dazu ordnungsgemäß befugten Person unterzeichnete Verpflichtungserklärung, die die verpflichtende Zusicherung enthält, daß die genannten Waren nur für die in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Artikel 10

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 vereinbarte Überlassung der als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen gibt dem VOLKSBUND die Befugnis, im Rahmen der einschlägigen aserbaidschanischen Rechtsvorschriften alle Herrichtungs- und Verschönerungsarbeiten auf den Kriegsgräberstätten sowie den Bau geeigneter Zufahrtswege, Aufenthaltsräume und sonstiger Einrichtungen für Besucher unmittelbar auszuführen.

(2) Der VOLKSBUND sorgt dafür, daß bei Bauarbeiten alle hygiene- und gesundheitsrechtlichen Anforderungen beachtet

Статья 7

1) Правительство Федеративной Республики Германия поручает техническое осуществление задач в Азербайджанской Республике, вытекающих для германской стороны из этого соглашения, Германскому Народному Союзу по Уходу за Военными Могилами (именуемому в дальнейшем Народный Союз).

2) В случае желаний правительства Федеративной Республики Германия поручить это какой-либо другой организации, на этот счет достигается согласие между договаривающимися сторонами.

Статья 8

1) Правительство Азербайджанской Республики оказывает Народному Союзу всяческое содействие, в частности, обеспечивает доступ к документам о немецких военных могилах и умерших немецких солдатах, которые имеются или появятся в распоряжении всех органов власти и прочих учреждений. Другие соглашения и договоренности не затрагиваются.

2) Для выполнения своих задач Народный Союз может направить в Азербайджанскую Республику своих представителей, специалистов и иной персонал.

Статья 9

1) Народный Союз при выполнении вытекающих из настоящего Соглашения работ по возможности пользуется услугами местной рабочей силы и использует местные материалы в соответствии с общепринятыми условиями свободной конкуренции.

2) Народный Союз может также ввозить в Азербайджанскую Республику из Федеративной Республики Германия или из стран-членов Европейского Союза необходимые для выполнения упомянутых в настоящем Соглашении работ оборудование, транспортные средства, материалы и принадлежности и вывозить их.

3) При таможенном пропуске этих предметов действует следующий порядок:

- a) временно ввозимые в Азербайджанскую Республику оборудование и транспортные средства пропускаются с отметкой таможенной службы о ввозе и вывозе с условием об обратном вывозе указанного оборудования и транспортных средств после окончания работ;
- b) материалы и принадлежности, предназначенные для сооружения и благоустройства могил, памятных мест или кладбищ или ухода за ними, освобождаются при ввозе от уплаты таможенных пошлин, налогов и иных сборов, если дополнительно к обычной таможенной декларации таможенным органам представляются:
 - подробная опись ввозимых предметов,
 - подписанная уполномоченным в установленном порядке лицом обязательство с гарантией о том, что названные предметы будут использованы только в целях предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 10

1) Предоставление указанных в пункте 1 статьи 3 настоящего Соглашения участков, используемых под немецкие военные захоронения, дает Народному Союзу право в рамках действующих в Азербайджанской Республике соответствующих правовых положений производить непосредственно все работы по благоустройству военных захоронений, а также строительству соответствующих подъездных путей, общих комнат и прочих сооружений для посетителей.

2) Народный Союз заботится о том, чтобы при проведении им строительных работ соблюдались все санитарно-гигиени-

werden, die die aserbaidtschanischen Gesetze vorsehen. Er befolgt die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Friedhofsordnungen.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Baku am 22. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, aserbaidtschanischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und aserbaidtschanischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

ческие требования, предусмотренные законодательством Азербайджанской Республики, а также соблюдались соответствующие правовые и административные положения о кладбищах.

Статья 11

Настоящее Соглашение вступит в силу спустя 1 месяц со дня уведомления договаривающихся сторон друг друга о том, что выполнены все необходимые для этого внутригосударственные процедуры.

Совершено в Баку 22 го декабря 1995 года в двух экземплярах, каждый на немецком, азербайджанском и русском языках, причем все тексты имеют обязательную силу. В случае различного толкования немецкого и азербайджанского текста, справочным является русский текст.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За правительство Федеративной Республики Германия
Kinkel

Für die Regierung der Aserbaidtschanischen Republik
За правительство Азербайджанской Республики
Hassanov

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 24. Januar 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Lettland
über Kriegsgräber**

Vom 11. Dezember 1996

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1994 zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge (BGBl. 1994 II S. 598) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Riga am 24. Januar 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über Kriegsgräber wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Claudia Nolte

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Lettland
über Kriegsgräber**

**Līgums
starp Vācijas Federatīvās Republikas Valdību
un Latvijas Republikas Valdību
par karā kritušo personu apbedījumiem**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Lettland –

Vācijas Federatīvās Republikas Valdība
un
Latvijas Republikas Valdība –

in dem Wunsch, für die im Hoheitsgebiet der Republik Lettland liegenden deutschen Kriegsgräber eine endgültige Regelung zu schaffen,

in dem Bestreben, die Erhaltung und Pflege dieser Gräber in würdiger Weise und gemäß den Bestimmungen des geltenden humanitären Völkerrechts sicherzustellen,

in Ausführung von Nummer 13 der Gemeinsamen Erklärung vom 20. April 1993 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland,

in Anbetracht der Tatsache, daß für die Pflege der Gräber lettischer Kriegstoter in Deutschland durch die deutsche Gesetzgebung sowie die darauf beruhende Praxis Sorge getragen ist und daß das dauernde Ruherecht für die lettischen Kriegstoten gewährleistet ist –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

- a) „deutsche Kriegstote“:
- Angehörige der deutschen Streitkräfte,
 - diesen nach deutschem Recht gleichgestellte Personen,
 - sonstige Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges 1914/1918 oder des Krieges 1939/1945 oder nach ihrer Deportation gestorben sind;
- b) „deutsche Kriegsgräber“:
- die im Hoheitsgebiet der Republik Lettland liegenden Gräber deutscher Kriegstoter;
- c) „deutsche Kriegsgräberstätten“:
- die im Hoheitsgebiet der Republik Lettland noch existierenden, auffindbaren oder neu anzulegenden Friedhöfe oder Teile von Friedhöfen, auf denen deutsche Kriegstote bestattet sind;
- d) „lettische Kriegstote“:
- Bürger der Republik Lettland, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges 1939/1945 gestorben sind.

tiecoties nodrošināt šo kapu saglabāšanu un cienīgu kopšanu atbilstoši spēkā esošajiem humānajiem starptautisko tiesību noteikumiem,

vēloties panākt galīgu noregulējumu par karā kritušo vāciešu kapiem, kas atrodas Latvijas Republikas suverēnajā teritorijā,

īstenojot 1993. gada 20. aprīļa Kopīgās deklarācijas par attiecību pamatiem starp Vācijas Federatīvo Republiku un Latvijas Republiku 13. punktu,

ņemot vērā, ka saskaņā ar Vācijas likumdošanu, kā arī uz to balstīto praksi, jau tiek gādāts par karā kritušo latviešu kapu apkopšanu Vācijā un tiek nodrošinātas karā kritušo mūžīgās atdusas tiesības –

ir vienojušās par sekojošo:

1. pants

Jēdzienu nozīme šajā Līgumā:

- a) „karā kritušie vācieši“
- Vācijas bruņotajiem spēkiem piederīgas personas,
 - saskaņā ar Vācijas likumdošanu tām pielīdzinātās personas,
 - citas personas ar Vācijas pavalstniecību, kuras mirušas sakarā ar 1914.-1918.g. kara un 1939.-1945.g. kara notikumiem, vai pēc deportācijas;
- b) „karā kritušo vāciešu apbedījumu vietas“
- Karā kritušo vāciešu apbedījumu vietas, kas atrodas Latvijas Republikas suverēnajā teritorijā;
- c) „karā kritušo vāciešu kapsētas“
- Latvijas Republikas suverēnajā teritorijā vēl eksistējošās, atrodamās vai no jauna izveidojamās kapsētas vai kapsētu daļas, kur apglabāti karā kritušie vācieši;
- d) „karā kritušie latvieši“
- Latvijas Republikas pilsoņi, kuri gājuši bojā sakarā ar 1939./1945. gada kara notikumiem.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Republik Lettland gewährleistet den Schutz der deutschen Kriegsgräber und das dauernde Ruherecht für die deutschen Kriegstoten in ihrem Hoheitsgebiet und hält die Umgebung der deutschen Kriegsgräberstätten von allen Anlagen frei, die mit der Würde dieser Stätten nicht vereinbar sind.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, die deutschen Kriegsgräber und deutsche Kriegsgräberstätten in der Republik Lettland auf ihre Kosten herzurichten und zu pflegen.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Republik Lettland überläßt für Vergangenheit und Zukunft kostenlos und auf unbegrenzte Dauer die als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen als dauernde Ruhestätten für die deutschen Kriegstoten.

(2) Eigentumsrechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Für notwendig erachtete Änderungen der Grenzen von als deutsche Kriegsgräberstätten genutzten Geländeflächen werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien oder den von ihnen beauftragten Institutionen geklärt. Wird im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien ein Gelände ganz oder teilweise nicht mehr für den vorgesehenen Zweck genutzt, so hat diese Änderung für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verlust des Nutzungsrechts daran zur Folge.

(3) Sollte ein Gelände nach Absatz 1 aus zwingenden öffentlichen Gründen für eine andere Verwendung benötigt werden, so stellt die Regierung der Republik Lettland der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein anderes geeignetes Gelände zur Verfügung und übernimmt die Kosten für die Umbettung der Toten und für die Herrichtung der neuen Gräber. Die Auswahl des neuen Geländes, seine Herrichtung sowie die Durchführung der Umbettung erfolgen in beiderseitigem Einvernehmen.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Republik Lettland gestattet, ohne daß ihr daraus Kosten entstehen und nachdem ihr ein von den beauftragten Institutionen der beiden Seiten abgestimmter Plan zur vorherigen Zustimmung vorgelegen hat, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Gräber der deutschen Kriegstoten, deren Umbettung die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für notwendig erachtet, zusammenzulegen. Die Ausbettung von deutschen Kriegstoten erfolgt durch von deutscher Seite benannte Kräfte.

(2) Über jede Umbettung eines deutschen Kriegstoten wird ein Protokoll angefertigt, in dem die alte und die neue Grablage, die Personalien, die Beschriftung der Erkennungsmarke oder andere Identifizierungsmerkmale genannt sind. Jede Vertragspartei erhält ein Exemplar dieses Protokolls.

(3) Soweit nachweisbar ehemals vorhandene deutsche Kriegsgräberstätten auf lettischem Boden durch zwischenzeitliche infrastrukturelle Veränderungen aufgelassen und die dort bestatteten deutschen Toten nicht mehr zu bergen sind, gestattet die Regierung der Republik Lettland auf Antrag der deutschen Seite hin die Errichtung von Gedenkstätten in schlichter und würdiger Form an diesen ehemaligen Standorten. Die Regierung der Republik Lettland stellt hierfür geeignetes Gelände zur Verfügung.

(4) Soweit zur Ermöglichung einer endgültigen Bestattung auf einer deutschen Kriegsgräberstätte eine provisorische Bestattung deutscher Kriegstoter, die auf lettischem Boden gefunden werden, erforderlich wird, trifft die Regierung der Republik Lettland Vorkehrungen für deren ordnungsgemäße und würdige provisorische Bestattung und Kennzeichnung der Grabstätten.

Artikel 5

Sofern sich auf deutschen Kriegsgräberstätten neben deutschen Kriegsgräbern auch Gräber von Kriegstoten anderer Staaten befinden, ist diese Tatsache bei Entscheidungen über Erhal-

2. pants

1) Latvijas Republikas Valdība nodrošina savā suverēnajā teritorijā Vācu Puses karā kritušo personu apbedījuma vietu aizsardzību un karā kritušo mūžīgās atdusas tiesības, kā arī uztur karā kritušo vāciešu apbedījumu vietu apkārtni brīvu no objektiem, kas nav savienojami ar šo vietu raksturu.

2) Vācijas Federatīvās Republikas Valdība ir tiesīga Latvijas Republikā uz sava rēķina ierīkot un kopt karā kritušo vāciešu kapus un karā kritušo vāciešu kapavietas.

3. pants

1) Latvijas Republikas Valdība nodod attiecībā uz pagātni un nākotni uz neierobežotu laiku bezmaksas pastāvīgā lietošanā teritorijas, uz kurām atrodas karā kritušo vāciešu kapsētas kā karā kritušo vāciešu mūžīgās atdusas vietas.

2) Ar šo līgumu netiek skartas īpašuma tiesības. Ja ir nepieciešamas robežu izmaiņas teritorijām, kas lietotas kā karā kritušo vāciešu kapsētas, tās tiek noskaidrotas, vienojoties abām Līgumslēdzējām Pusēm vai to pilnvarotajām institūcijām. Ja vienošanās rezultātā starp Līgumslēdzējām Pusēm kāds zemes gabals vairs netiek pilnībā vai daļēji lietots paredzētajam mērķim, tad Vācijas Federatīvās Republikas Valdība zaudē lietošanas tiesības.

3) Ja svarīgu valstisku iemeslu dēļ kādu teritoriju nepieciešams izmantot citām vajadzībām, tad Latvijas Republikas Valdība, pamatojoties uz šī panta 1. punktu, nodod Vācijas Federatīvās Republikas Valdības lietošanā citu piemērotu teritoriju un uzņemas izmaksas par mirušo pārapbedīšanu un jauno kapavietu ierīkošanu. Jaunā zemes gabala izvēle, tā sagatavošana, kā arī pārapbedīšana notiek pēc savstarpējas vienošanās.

4. pants

1) Latvijas Republikas Valdība atļauj, neradot sev izmaksas un pamatojoties uz tai iepriekšējam akceptam iesniegtu abu Pušu pilnvaroto institūciju saskaņotu plānu, Vācijas Federatīvās Republikas Valdībai apvienot tos karā kritušo vāciešu apbedījumus, ko Vācijas Puse uzskata par nepieciešamu. Karā kritušo vāciešu pārapbedīšanu veic vācu puses nozīmēti dienesti.

2) Par katru karā kritušā vācieša pārapbedīšanu tiek sastādīts protokols, kurā ir norādīti vecā un jaunā kapa atrašanās vieta, biogrāfiskie dati, identifikācijas zīmes uzraksts vai citas identifikācijas pazīmes. Katra Līgumslēdzēja Puse saņem vienu šī protokola eksemplāru.

3) Ja ir pierādāms, ka Latvijas teritorijā kādreiz bijušās karā kritušo vāciešu kapsētas laika gaitā notikušo infrastruktūrālo pārmaiņu rezultātā ir zudušas, un tur apbedītos kritušos vāciešus vairs nav iespējams pārapbedīt, Latvijas Republikas Valdība, balstoties uz vācu puses iesniegumu, atļauj šajās vietās ierīkot vienkārši un cienīgi izveidotas piemiņas vietas. Latvijas Republikas Valdība šim nolūkam ierāda piemērotu teritoriju.

4) Ja ir nepieciešama karā kritušo un Latvijas zemē atrasto vāciešu pagaidu pārapbedīšana pirms galīgās pārapbedīšanas karā kritušo vāciešu kapsētā, Latvijas Republikas Valdība veic pasākumus viņu pienācīgai un cienīgai pagaidu pārapbedīšanai un kapavietu iezīmēšanai.

5. pants

Ja karā kritušo vāciešu kapsētās blakus vācu karā kritušo kapiem atrodas arī citu valstu karā kritušo pavalstnieku kapi, tad, minētais apstāklis, pieņemot lēmumus par šo kapu uzturēšanu un

tung und Pflege dieser Gräber angemessen zu berücksichtigen. Wenn bei der Umbettung deutscher Kriegstoter oder bei der Errichtung deutscher Kriegsgräberstätten auch lettische Kriegstote gefunden werden, so werden die daraus entstehenden Fragen von den beauftragten Institutionen einvernehmlich geregelt.

Artikel 6

(1) Die Überführung deutscher Kriegstoter aus dem Hoheitsgebiet der Republik Lettland in die Bundesrepublik Deutschland bedarf der vorherigen Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung der Republik Lettland gestattet eine solche Überführung nur bei Vorliegen dieser Zustimmung.

(2) Der Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedürfen auch Anträge an die Regierung der Republik Lettland, die eine Überführung deutscher Kriegstoter in Drittländer zum Zweck haben.

(3) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels beziehen sich auch auf die Überführung lettischer Kriegstoter in die Republik Lettland oder in Drittländer, sofern dies nicht durch Vereinbarungen oder Gesetze in anderer Weise geregelt ist.

(4) Alle Kosten und Gebühren für die Ausbettung und Überführung von deutschen Kriegstoten ins Ausland gehen zu Lasten der Antragsteller.

(5) Bei der Ausbettung von deutschen Kriegstoten zur Überführung haben Vertreter der Behörden beider Vertragsparteien das Recht, anwesend zu sein.

Artikel 7

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ (nachstehend „VOLKSBUHD“ genannt) mit der technischen Durchführung der Aufgaben in der Republik Lettland, die sich aus diesem Abkommen für die deutsche Seite ergeben.

(2) Die Regierung der Republik Lettland beauftragt das „Brüderfriedhofekomitee“ mit der technischen Durchführung der Aufgaben, die sich aus diesem Abkommen für die lettische Seite ergeben.

(3) Für den Fall, daß eine der Vertragsparteien eine andere oder eine zusätzliche Institution beauftragen will, wird hierüber Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien hergestellt.

Artikel 8

(1) Beide Vertragsparteien gewähren den beauftragten Institutionen jede mögliche Unterstützung, insbesondere den Zugang zu den bei allen Behörden und sonstigen Einrichtungen jetzt oder in Zukunft verfügbaren Unterlagen über Kriegsgräber und verstorbene Soldaten. Andere Vereinbarungen und Absprachen bleiben unberührt.

(2) Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der VOLKSBUHD Vertreter, Fachkräfte und sonstiges Personal in die Republik Lettland entsenden.

Artikel 9

(1) Der VOLKSBUHD bedient sich bei der Ausführung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Arbeiten nach Möglichkeit örtlicher Arbeitskräfte und örtlichen Materials gemäß den im freien Wettbewerb üblichen Bedingungen.

(2) Der VOLKSBUHD kann auch aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör, die für die Durchführung der in diesem Abkommen erwähnten Arbeiten erforderlich sind, in die Republik Lettland einführen und wieder ausführen.

(3) Für die Zollabfertigung dieser Waren gilt folgendes:

a) Vorübergehend eingeführte Geräte und Transportmittel werden bei ihrer Einfuhr in die Republik Lettland auf Einfuhr-Aus-

kopšanu, atbilstoši jāņem vērā. Ja, veicot karā kritušo vāciešu pārapbedīšanu vai ierīkojot karā kritušo vāciešu kapsētas, tiek atrasti arī karā kritušie latvieši, tad no tā izrietošie jautājumi tiek atrisināti, pilnvarotajām institūcijām vienojoties.

6. pants

1) Karā kritušo vāciešu pārvešanai no Latvijas Republikas suverēnās teritorijas uz Vācijas Federatīvo Republiku nepieciešama Vācijas Federatīvās Republikas Valdības iepriekšēja piekrišana. Latvijas Republikas Valdība atļauj šādu pārvešanu tikai tad, ja šāda piekrišana tiek sniegta.

2) Vācijas Federatīvās Republikas Valdības piekrišana nepieciešama arī Latvijas Republikas Valdībai adresētajiem iesniegumiem par karā kritušo vāciešu pārvešanu uz trešajām valstīm.

3) Šī panta 1. un 2. punkts attiecas arī uz karā kritušo latviešu pārvešanu uz Latvijas Republiku vai trešajām valstīm, ja vienošanās un likumdošanas akti neparedz citu kārtību.

4) Visus izdevumus un nodevas par karā kritušo vāciešu izrakšanu un pārvešanu uz ārzemēm sedz iesniegumu iesniedzēji.

5) Abu Līgumslēdzēju Pušu pilnvaroto iestāžu pārstāvjiem ir tiesības piedalīties karā kritušo vāciešu izrakšanā pārvešanai.

7. pants

1) Vācijas Federatīvās Republikas Valdība pilnvaro „Tautas apvienību karā kritušo vāciešu kapu aprūpei“ (turpmāk sauktu par „Tautas apvienību“) veikt uzdevumu tehnisko izpildi Latvijas Republikā, kas šajā līgumā paredzēti Vācijas Pusei.

2) Latvijas Republikas valdība pilnvaro „Brāļu kapu komiteju“ veikt uzdevumu tehnisko izpildi, kas šajā līgumā paredzēti Latvijas Pusei.

3) Ja kāda no Līgumslēdzējām Pusēm grib pilnvarot citu vai kādu papildus institūciju, tad Līgumslēdzējas Puses par to vienojas.

8. pants

1) Abas Līgumslēdzējas Puses sniedz visu iespējamo atbalstu pilnvarotajām institūcijām, it īpaši to piekļūšanai visu iestāžu un citu institūciju materiāliem, kas pašreiz vai turpmāk atradīsies to rīcībā par karā kritušo kapiem un mirušiem karavīriem. Citas norunas un vienošanās paliek neskartas.

2) Tautas apvienība tai līgumā paredzēto uzdevumu veikšanai var nosūtīt uz Latvijas Republiku savus pārstājus, speciālistus un citu personālu.

9. pants

1) Tautas apvienība darbu veikšanai, kas izriet no šī nolīguma, iespēju robežās un saskaņā ar brīvās konkurences apstākļos pieņemtajiem noteikumiem izmanto vietējo darbaspēku un materiālus.

2) Tautas apvienība var arī no Vācijas Federatīvās Republikas vai citas Eiropas Savienības dalībvalsts ievest un izvest no Latvijas Republikas iekārtas, transporta līdzekļus, materiālus un piederumus, kas nepieciešami šajā nolīgumā minēto darbu veikšanai.

3) Attiecībā uz šo priekšmetu muižošanu spēkā ir sekojošais:

a) Latvijas Republikā uz laiku ievestās iekārtas un transporta līdzekļi tiek noformēti ievē- un izvedumitas dokumentos ar

fuhr-Zollvermerk mit dem Vorbehalt abgefertigt, daß die genannten Geräte und Transportmittel nach Beendigung der Arbeiten wieder ausgeführt werden;

- b) Material und Zubehör, das für die Errichtung, Ausschmückung oder Pflege der Gräber, Gedenkstätten oder Friedhöfe bestimmt ist, bleibt frei von Einfuhrabgaben, wenn den Zollbehörden zusätzlich zur regulären Einfuhrerklärung vorgelegt werden:

- eine genaue Aufstellung der eingeführten Waren,
- eine von einer dazu ordnungsgemäß befugten Person unterzeichnete Verpflichtungserklärung, die die verpflichtende Zusicherung enthält, daß die genannten Waren nur für die in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Artikel 10

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 vereinbarte Überlassung der als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen gibt dem VOLKSBUND die Befugnis, im Rahmen der einschlägigen lettischen Rechtsvorschriften alle Herrichtungs- und Verschönerungsarbeiten auf den Kriegsgräberstätten sowie den Bau geeigneter Zufahrtswege, Aufenthaltsräume und sonstiger Einrichtungen für Besucher unmittelbar auszuführen.

(2) Der VOLKSBUND sorgt dafür, daß bei Bauarbeiten alle hygiene- und gesundheitsrechtlichen Anforderungen beachtet werden, die die lettischen Gesetze vorsehen. Er befolgt die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Friedhofsordnungen.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Riga am 24. Januar 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

nosacījumu, ka minētās iekārtas un transporta līdzekļi pēc darbu beigšanas tiks atkal izvesti;

- b) kapu, piemīņas vietu vai kapsētu ierīkošanai, izrotāšanai vai kopšanai domātie materiāli, piederumi ir atbrīvoti no ievēšanas nodevām, ja muitas iestādēm papildus parastajai ievēšanas deklarācijai tiek uzrādīti:

- precīzs ievedamo priekšmetu saraksts,
- saskaņā ar noteikto kārtību pilnvarotas personas paraksta saistību deklarāciju, kas satur saistošu garantiju, ka minētās preces tiks lietotas tikai šajā nolīgumā paredzētajiem mērķiem.

10. pants

1) Pamatojoties uz 3. panta 1. punkta vienošanos par teritorijām, kuras tiek nodotas lietošanā kā karā kritušo vāciešu kapsētas, Tautas apvienība, ievērojot spēkā esošo Latvijas Republikas likumdošanu, ir tiesīga karā kritušo kapsētās veikt visus ierīkošanas un izdaiļošanas darbus, kā arī ierīkot piemērotus pievadceļus, uzturēšanās telpas un veikt citu objektu celtniecību, kas paredzēti apmeklētājiem.

2) Tautas apvienība rūpējas par to, lai celtniecības darbu gaitā tiktu ievērotas visas tiesiskās prasības attiecībā uz veselību un higiēnu, kādas paredzētas Latvijas likumdošanā. Tā ievēro pastāvošos tiesiski – administratīvos noteikumus par kapu kārtību.

11. pants

Šis līgums stājas spēkā vienu mēnesi pēc tam, kad Līgumslēdzējas Puses viena otrai notu apmaiņas ceļā ir paziņojušas par to, ka ir izpildīti tam nepieciešamie valsts iekšējie priekšnoteikumi.

Noslēgts Rīgā, 1996. gada 24. janvārī divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodā, pie kam abiem tekstiem ir vienāds juridiskais spēks.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas Valdības vārdā
R. Holubek

Für die Regierung der Republik Lettland
Latvijas Republikas Valdības vārdā
Valdis Birkavš

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens
der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Vom 29. Oktober 1996

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Iran, Islamische Republik	am 16. Oktober 1996
Israel	am 2. September 1996

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Juli 1996 (BGBl. II S. 1228).

Bonn, den 29. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1990
über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Ölverschmutzung**

Vom 29. Oktober 1996

Das Internationale Übereinkommen von 1990 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölverschmutzung vom 30. November 1990 (BGBl. 1994 II S. 3798) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für die

Schweiz	am 4. Oktober 1996
---------	--------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Mai 1996 (BGBl. II S. 1051).

Bonn, den 29. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung**

Vom 4. November 1996

I.

Das Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206) ist nach seinem Artikel 38 Abs. 5 im Verhältnis zu Deutschland für

Kolumbien am 1. November 1996
(zentrale Behörde gemäß Artikel 6 Abs. 1: „Instituto Colombiano de Bienestar Familiar, Sede Nacional, Avenida 68 No. 64-01, Santafé de Bogotá, D.C., Colombia“)

in Kraft getreten.

II.

Im Nachgang zu der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens für Panama im Verhältnis zu Deutschland (vgl. die Bekanntmachung vom 22. Mai 1995, BGBl. II S. 485) wird nachstehend der von Panama bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 2. Februar 1994 angebrachte Vorbehalt wiedergegeben:

(Übersetzung)

„Asimismo, la República de Panamá declara que no está obligada a asumir ningún gasto de los mencionados en el párrafo primero del Artículo 26 del Convenio, que se deriven de la participación de un abogado o asesores jurídicos o del proceso judicial, excepto en la medida que dichos gastos puedan quedar cubiertos por un sistema de asistencia judicial y asesoramiento jurídico.“

„Desgleichen erklärt die Republik Panama, daß sie nur insoweit gebunden ist, die sich aus der Beiordnung eines Rechtsanwalts oder aus einem Gerichtsverfahren ergebenden Kosten im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 des Übereinkommens zu übernehmen, als diese Kosten durch ein System der Prozeßkosten- und Beratungshilfe gedeckt sind.“

III.

Portugal hat dem Verwahrer des Übereinkommens folgende geänderte Bezeichnung seiner zentralen Behörde gemäß Artikel 6 Abs. 1 mitgeteilt (vgl. die Bekanntmachung vom 11. Dezember 1990, BGBl. 1991 II S. 329):

„Instituto de Reinserção Social,
Av. Almirante Reis, 101, 7.^o
1197 Lisboa Codex
Portugal“.

Mexiko hat dem Verwahrer folgende geänderte Benennung seiner zentralen Behörde gemäß Artikel 6 Abs. 1 mitgeteilt (vgl. die Bekanntmachung vom 22. Mai 1995, BGBl. II S. 485):

„Consultoría Jurídica,
Secretaría de Relaciones Exteriores,
Homero No. 213, piso 17,
Colonia Chapultepec Morales,
11570 México, Distrito Federal“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Mai 1995 (BGBl. II S. 485).

Bonn, den 4. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß**

Vom 4. November 1996

Das Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß (BGBl. 1958 II S. 576) wird nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 31 Abs. 1 für

Usbekistan am 2. Dezember 1996
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juli 1996 (BGBl. II S. 1222).

Bonn, den 4. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot oder die Beschränkung
des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen,
die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können,
sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen**

Vom 5. November 1996

Das Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), sowie die Protokolle I, II und III zu diesem Übereinkommen werden nach seinem Artikel 5 Abs. 2 und 4 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Dschibuti am 29. Januar 1997
Philippinen am 15. Januar 1997

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Oktober 1996 (BGBl. II S. 2556).

Bonn, den 5. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher
Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 5. November 1996

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Irland

am 4. Juni 1994

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärungen und eingelegten Widersprüche

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

„Article 3

The authority or judicial officer competent under the laws of Ireland for the purpose of Article 3 of the Convention are the Central Authority, a practising Solicitor, a County Registrar or a District Court Clerk.

Article 15

Pursuant to the Second paragraph of Article 15 (a) Judge in Ireland may give judgement even if no certificate of service or delivery has been received, if the conditions set out in the second part of Article 15 of the Convention are fulfilled.

Article 10

In accordance with the provision in Article 10 of the Convention the Government of Ireland objects to

- (i) the freedom under Article 10(b) of judicial officers, officials or other competent persons of the State of origin to effect service in Ireland of judicial documents directly to judicial officers, officials or other competent persons and
- (ii) the freedom under Article 10(c) of any person interested in a judicial proceeding to effect service in Ireland of judicial documents directly through judicial officers, officials or other competent persons

but this is not intended to preclude any person in another contracting State who is interested in a judicial proceeding (including his lawyer) from effecting service in Ireland directly to a solicitor in Ireland.”

The Master of the High Court is designated as the Central Authority for Ireland in accordance with Article 2 and shall be the appropriate authority for completion of certificates in the form of the model annexed to the Convention.

„Artikel 3

Die nach irischem Recht zuständige Behörde oder der nach diesem Recht zuständige Justizbeamte im Sinne des Artikels 3 des Übereinkommens ist die Zentrale Behörde, ein practising Solicitor (niedergelassener Rechtsanwalt), ein County Registrar (Urkundsbeamter eines Gerichts zweiter Instanz) oder ein District Court Clerk (Justizbeamter eines Gerichts erster Instanz).

Artikel 15

Nach Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a kann ein Richter in Irland den Rechtsstreit entscheiden, auch wenn ein Zeugnis über die Zustellung oder die Übergabe nicht eingegangen ist, falls die Voraussetzungen in Artikel 15 Absatz 2 des Übereinkommens erfüllt sind.

Artikel 10

Nach Artikel 10 des Übereinkommens erklärt die Regierung von Irland ihren Widerspruch dagegen,

- (i) daß nach Artikel 10 Buchstabe b Justizbeamte, andere Beamte oder sonst zuständige Personen des Ursprungsstaats in Irland Zustellungen unmittelbar durch Justizbeamte, andere Beamte oder sonst zuständige Personen bewirken lassen dürfen und
- (ii) daß nach Artikel 10 Buchstabe c jeder an einem gerichtlichen Verfahren Beteiligte in Irland Zustellungen gerichtlicher Schriftstücke unmittelbar durch Justizbeamte, andere Beamte oder sonst zuständige Personen bewirken lassen darf;

dies schließt jedoch nicht aus, daß an einem gerichtlichen Verfahren Beteiligte (einschließlich ihrer Anwälte) in einem anderen Vertragsstaat Zustellungen in Irland unmittelbar durch einen Rechtsanwalt in Irland bewirken.“

Der Master of the High Court (oberster Justizbeamter des Gerichts dritter Instanz) wird nach Artikel 2 als Zentrale Behörde für Irland bestimmt und ist die für die Ausstellung von Zustellungszeugnissen, die dem dem Übereinkommen als Anlage beigefügten Muster entsprechen, zuständige Behörde.

Das Übereinkommen ist ferner nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für
Estland am 1. Oktober 1996
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
abgegebenen Erklärungen

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

- | | |
|--|--|
| "1) The Republic of Estonia is against the way of forwarding referred to in point c of Article 10; | „1) Die Republik Estland lehnt die in Artikel 10 Buchstabe c genannte Art der Zustellung ab; |
| 2) on the basis of Article 15 the judge may give judgement under the said conditions; | 2) der Richter kann nach Artikel 15 den Rechtsstreit unter den dort genannten Voraussetzungen entscheiden; |
| 3) on the basis of paragraph 3 of Article 16 for a period of three years." | 3) die Frist nach Artikel 16 Absatz 3 beträgt drei Jahre." |

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. September 1996 (BGBl. II S. 2531).

Bonn, den 5. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten von Verordnungen
zu Regelungen nach dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen
für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen
und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung**

Vom 5. November 1996

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung vom 27. September 1996 zur ECE-Regelung Nr. 71 (BGBl. 1996 II S. 2526) und Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung vom 7. Oktober 1996 zur ECE-Regelung Nr. 77 (BGBl. 1996 II S. 2528) wird bekanntgemacht, daß diese Verordnungen jeweils

am 20. August 1996

in Kraft getreten sind.

Bonn, den 5. November 1996

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Grupe

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung
grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen**

Vom 8. November 1996

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. September 1994 zu dem Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (BGBl. 1994 II S. 2333) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 26 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 6. Oktober 1996
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde ist am 30. Januar 1995 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden. Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Bundesrepublik Deutschland die nachstehende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Die Bundesrepublik Deutschland behält sich zum Schutz von Informationen im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten nach ihrem innerstaatlichen Recht vor, solche Daten nur unter der Voraussetzung zu übermitteln, daß der Empfänger der geschützten Informationen ihre Vertraulichkeit und die Bedingungen für ihre Übermittlung beachtet und die Informationen nur zu dem Zweck verwendet, zu dem sie übermittelt wurden.“

“The Federal Republic of Germany, in order to protect information related to personal data according to its national law, reserves the right to supply personal data, only under the condition that the party receiving such protected information shall respect the confidentiality of the information received and the conditions under which it is supplied, and shall only use that information for the purposes for which it was supplied.”

Das Übereinkommen ist weiterhin am 6. Oktober 1996 in Kraft getreten für

Albanien

Estland

Europäische Gemeinschaft

Finnland

Italien

Kroatien

Luxemburg

Moldau, Republik

Niederlande (für das Königreich in Europa)

nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Annahmearkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

“The Kingdom of the Netherlands accepts for a dispute not resolved in accordance with paragraph 1 of article 22 of the Convention on the Protection and Use of Transboundary Watercourses and International Lakes, both the following means of dispute settlement as compulsory in relation to any Party accepting the same obligation:

- (a) Submission of the dispute to the International Court of Justice;
- (b) Arbitration in accordance with the procedure set out in annex IV.”

„Das Königreich der Niederlande erkennt für eine nicht nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen beigelegte Streitigkeit beide der folgenden Mittel der Streitbeilegung gegenüber jeder anderen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, als obligatorisch an:

- a) die Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof;
- b) ein Schiedsverfahren nach dem in Anlage IV festgelegten Verfahren.“

Norwegen
Portugal
Rumänien
Russische Föderation
Schweden
Schweiz
Ungarn

Das Übereinkommen ist ferner in Kraft getreten für

Österreich am 23. Oktober 1996
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen
Erklärung:

(Übersetzung)

„The Republic of Austria declares in accordance with Article 22 Paragraph 2 of the Convention, that it accepts both of the means of dispute settlement mentioned in this paragraph as compulsory in relation to any Party accepting an obligation concerning one or both these means of dispute settlement.“

„Die Republik Österreich erklärt gemäß Artikel 22 Absatz 2 des Übereinkommens, daß sie beide der in diesem Absatz angeführten Mittel zur Streitbeilegung als verbindlich gegenüber jeder Partei anerkennt, die eine Verpflichtung hinsichtlich eines oder beider dieser Mittel zur Streitbeilegung eingeht.“

Bonn, den 8. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 8. November 1996

Das in Managua am 11. Oktober 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 11. Oktober 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. November 1996

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Nicaragua
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Sozialer Notstandsfonds III“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Republik Nicaragua –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Nicaragua beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben „Sozialer Notstandsfonds III“ einen Finanzierungsbeitrag von 25,0 Mio. DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Nicaragua zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird es durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, eine selbsthilfeorientierte

Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder einem Kreditgarantiefonds-Vorhaben ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann auch für dieses Vorhaben ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für den in Artikel 1 genannten Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2004.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Nicaragua stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Nicaragua erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Nicaragua überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Managua am 11. Oktober 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 U. Schöning

Für die Regierung der Republik Nicaragua
 Geraldo Peralta Mayorga

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den internationalen Handel
mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 8. November 1996

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Fassung der Änderung vom 22. Juni 1979 (BGBl. 1975 II S. 773; 1995 II S. 771) wird nach seinem Artikel XXII Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Georgien	am 12. Dezember 1996
Türkei	am 22. Dezember 1996

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Juli 1996 (BGBl. II S. 1218).

Bonn, den 8. November 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-paraguayischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. November 1996

Das in Asunción, Paraguay, am 9. September 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 9. September 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. November 1996

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Paraguay
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Kreditprogramm für die kleine und
mittlere Agroindustrie, Ländliche Wasserversorgung Servicio
Nacional de Saneamiento Ambiental I, Studien- und Fachkräftefonds II“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Republik Paraguay –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Paraguay beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Paraguay, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main (KfW),

a) für folgende Vorhaben

aa) Kreditprogramm für die kleine und mittlere Agroindustrie bis zu 12,2 Mio DM (in Worten: zwölf Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark),

bb) Ländliche Wasserversorgung Servicio Nacional de Saneamiento Ambiental I bis zu 0,5 Mio DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark),

Darlehen bis zu insgesamt 12,7 Mio DM (in Worten: zwölf Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

b) für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds II“ einen nichtrückzahlbaren Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 0,3 Mio DM (in Worten: dreihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Paraguay zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1a) aufgeführten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Die in Absatz 1a) bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Absatz 1 des Artikels 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen bzw. des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Paraguay, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1a) zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Paraguay stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Paraguay erhoben werden. Die Bezahlung von Steuern und Abgaben wird von den nationalen paraguayischen Institutionen übernommen, die Begünstigte der Darlehens- und Finanzierungsbeiträge sind.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Paraguay überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Asunción am 9. September 1996 in zwei
 Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei
 jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 Joachim Kausch

Für die Regierung der Republik Paraguay
 Dr. Rubén Dario Melgarejo Lanzoni

**Bekanntmachung
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
sowie über die Erhebung von Verzugszinsen
bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren
nach dem Internationalen Übereinkommen
über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)**

Vom 6. Dezember 1996

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten, hat am 5. Dezember 1996 beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1997 die Gebührensätze und Transatlantiktarife sowie der Satz der Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren neu festgelegt werden.

Die Beschlüsse werden hiermit bekanntgemacht nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der FS-Strecken-Gebühren-Verordnung vom 14. April 1984 (BGBl. I S. 629), geändert durch Verordnung vom 10. September 1986 (BGBl. I S. 1524).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Juni 1996 (BGBl. II S. 1036).

Bonn, den 6. Dezember 1996

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Graumann

**Beschluß Nr. 34
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
für den am 1. Januar 1997 beginnenden Erhebungszeitraum**

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 1(a) und 2(e) sowie Artikel 6 Absatz 1(a);

faßt folgenden Beschluß:

Einziges Artikel

Die in der Anlage zu diesem Beschluß aufgeführten Gebührensätze und Transatlantiktarife werden genehmigt und treten am 1. Januar 1997 in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 5. Dezember 1996

Für den Präsidenten der erweiterten Kommission
Dimitris Georganakis
Vizepräsident der erweiterten Kommission

Gebührensätze (Basissätze)
(ab 1. Januar 1997)

Staat	Nationaler Gebühren- satz	Verwal- tungs- kostensatz	Globaler Gebühren- satz	Angewandter Wechselkurs	
	ECU	ECU	ECU	1 ECU =	
Belgien/Luxemburg	68,11	0,28	68,39	BEF	39,3520
Deutschland	72,61	0,28	72,89	DEM	1,91115
Frankreich	61,61	0,28	61,89	FRF	6,50787
Vereinigtes Königreich	74,73	0,28	75,01	GBP	0,813841
Niederlande	55,48	0,28	55,76	NLG	2,14253
Irland	20,92	0,28	21,20	IEP	0,788059
Schweiz	84,59	0,28	84,87	CHF	1,56306
Portugal, Lissabon	35,91	0,28	36,19	PTE	195,200
Österreich	59,44	0,28	59,72	ATS	13,4475
Spanien, Kontinent	51,37	0,28	51,65	ESP	161,095
Spanien, Kanarische Inseln	48,22	0,28	48,50	ESP	161,095
Portugal, Santa Maria	12,44	0,28	12,72	PTE	195,200
Griechenland	34,87	0,28	35,15	GRD	303,798
Türkei	48,29	0,28	48,57	TRL	112870,0
Malta	43,38	0,28	43,66	MTL	0,457648
Zypern	22,62	0,28	22,90	CYP	0,588890
Ungarn	23,73	0,28	24,01	HUF	198,814
Norwegen	50,68	0,28	50,96	NOK	8,19539
Dänemark	54,38	0,28	54,66	DKK	7,36091
Slowenien	76,05	0,28	76,33	SIT	170,483
Tschechische Republik	48,81	0,28	49,09	CZK	33,7305
Schweden	46,52	0,28	46,80	SEK	8,42542
Italien	64,93	0,28	65,21	ITL	1929,22
Slowakische Republik	68,39	0,28	68,67	SKK	38,9975

Tarife ab 1. Januar 1997
für Flüge gemäß Artikel 8 der Anwendungsbedingungen
Luftfahrzeuge mit dem Gewichsfaktor eins
(50 metrische Tonnen)

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
ZONE I – zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB, ausgenommen Island	Frankfurt	1 157,26
	København	512,37
	London	734,66
	Paris	985,12
	Prestwick	384,80
ZONE II – zwischen 40° WL und 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Abidjan	164,72
	Amman	2 054,58
	Amsterdam	725,97
	Athinai	1 817,34
	Bahrain	1 892,98
	Båle-Mulhouse	862,61
	Banjul	159,64
	Barcelona	775,04
	Belfast	184,56
	Berlin	1 078,82
	Birmingham	408,48
	Bordeaux	500,95
	Bristol	405,85
	Bruxelles	718,25
	Bucuresti	1 489,82
	Budapest	1 430,14
	Cairo	2 085,77
	Cardiff	267,01
	Casablanca	355,56
	Dakar	159,51
	Dublin	118,31
	Düsseldorf	839,49
	East Midlands	382,56
	Frankfurt	954,97
	Geneva	867,26
	Glasgow	273,04
	Göteborg	830,28
	Hamburg	910,46
	Helsinki	688,78
	Istanbul/Atatürk	1 470,30
	Jeddah	1 971,28
	Johannesburg, Jan Smuts	159,89
	Kiev	1 228,47
København	634,08	
Köln-Bonn	877,40	
Lagos	160,40	
Larnaca	1 977,65	
Las Palmas, Gran Canaria	499,01	
Leeds and Bradford	401,57	
Lille	625,48	
Lisboa	389,22	
London	477,82	
Luxembourg	858,69	
Lyon	746,46	
Maastricht	767,41	
Madrid	578,42	
Malaga	620,98	
Manchester	335,88	
Manston	539,59	
Marseille	883,20	
Milano	1 037,38	
Monrovia	159,64	

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
	Moskva	862,89
	München	1 159,71
	Nantes	435,74
	Napoli-Capodichino	1 408,31
	Newcastle	396,44
	Nice	923,11
	Oostende	608,29
	Oslo	297,61
	Paris	663,43
	Ponta Delgada, Açores	165,61
	Porto	283,13
	Praha	1 189,72
	Prestwick	248,46
	Riyadh	1 959,05
	Roma	1 269,42
	Sal I., Cabo Verde	159,51
	Santa Maria, Açores	177,19
	Santiago, España	271,61
	Shannon	80,56
	Sofia	1 416,97
	Stockholm	507,63
	Stuttgart	980,26
	Tel-Aviv	2 088,61
	Tenerife	460,01
	Torino	999,31
	Toulouse-Blagnac	658,71
	Venezia	1 288,78
	Warszawa	980,30
	Wien	1 345,57
	Zürich	985,40
ZONE III - westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam	809,67
	Düsseldorf	930,09
	Frankfurt	1 035,24
	Geneva	1 122,94
	Glasgow	343,55
	Helsinki	617,62
	København	581,05
	Köln-Bonn	924,03
	London	704,95
	Luxembourg	985,47
	Madrid	455,81
	Manchester	545,27
	Milano	1 297,55
	Moskva	570,24
	München	1 366,84
	Paris	903,88
	Prestwick	343,55
	Roma	1 311,10
	Shannon	76,74
	Warszawa	650,68
	Zürich	1 172,59
ZONE IV - westlich von 40° WL und zwischen 20° NB und 28° NB, einschließlich Mexiko	Amsterdam	747,28
	Barcelona	917,79
	Berlin	881,50
	Bruxelles	719,76
	Düsseldorf	885,92
	Frankfurt	947,87
	Hamburg	904,62
	Helsinki	727,79
	Köln-Bonn	864,18
	Las Palmas, Gran Canaria	595,35
	Lisboa	454,87

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
	London	497,76
	Luxembourg	908,67
	Madrid	609,22
	Manchester	344,73
	Milano	1 006,61
	München	1 117,84
	Paris	634,34
	Praha	1 164,63
	Roma	1 199,29
	Sal I., Cabo Verde	104,18
	Salzburg	1 146,85
	Santa Maria, Açores	178,21
	Santiago, España	464,04
	Shannon	169,60
	Wien	1 301,83
	Zürich	932,90
ZONE V - westlich von 40° WL und zwischen Äquator und 20° NB	Amsterdam	903,14
	Bâle-Mulhouse	968,61
	Barcelona	929,67
	Berlin	1 266,15
	Bordeaux	823,55
	Bruxelles	820,94
	Düsseldorf	1 022,76
	Frankfurt	1 046,96
	Glasgow	358,15
	Hamburg	1 075,36
	Hannover	1 057,88
	Helsinki	1 194,20
	København	1 353,70
	Köln-Bonn	996,09
	Las Palmas, Gran Canaria	609,20
	Lille	901,55
	Lisboa	539,61
	London	669,93
	Lyon	972,76
	Madrid	714,61
	Manchester	406,23
	Marseille	1 141,28
	Milano	1 117,82
	München	1 153,29
	Nantes	792,62
	Paris	868,08
	Porto	524,83
	Porto Santo, Madeira	346,67
	Prestwick	358,15
	Roma	1 466,96
	Salzburg	1 170,90
	Santa Maria, Açores	233,16
	Santiago, España	546,96
	Shannon	277,55
	Stuttgart	991,39
	Tenerife	604,35
	Toulouse-Blagnac	952,26
	Wien	1 358,92
	Zürich	1 092,10

Beschluß Nr. 35
über die Erhebung von Verzugszinsen
bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren
für den am 1. Januar 1997 beginnenden Erhebungszeitraum

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 2(e) und Artikel 6 Absatz 1(a);

gestützt auf die Anwendungsbedingungen des FS-Streckengebührensystems, insbesondere auf deren Artikel 11;

gestützt auf die Zahlungsbedingungen des FS-Streckengebührensystems, insbesondere auf deren Artikel 6;

faßt folgenden Beschluß:

Einziges Artikel

Der Satz der Verzugszinsen, die bei verspäteter Zahlung vor FS-Streckengebühren ab 1. Januar 1997 erhoben werden, beträgt

7,27 % pro Jahr.

Geschehen zu Brüssel am 5. Dezember 1996

Für den Präsidenten der erweiterten Kommission
Dimitris Georganakis
Vizepräsident der erweiterten Kommission

**Bekanntmachung
von Änderungen der Klasseneinteilung
der internationalen Klassifikation von Waren
und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken**

Vom 11. Dezember 1996

Die Klasseneinteilung der internationalen Klassifikation nach dem Abkommen von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (BGBl. 1964 II S. 1217) in der Genfer Fassung vom 13. Mai 1977 (BGBl. 1981 II S. 358) sowie die erläuternden Anmerkungen zur Klasseneinteilung sind durch Beschluß des Sachverständigenausschusses gemäß Artikel 3 des Abkommens in seiner Sitzung vom 6. bis 10. November 1995 geändert worden. Die Änderungen treten

am 1. Januar 1997

in Kraft; sie werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Mai 1992 (BGBl. II S. 438; 1996 II S. 2660).

Bonn, den 11. Dezember 1996

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Niederleithinger

1. In den erläuternden Anmerkungen zu Klasse 1 wird

- | | | |
|--|---|--|
| a) im englischen Text im Abschnitt | b) im französischen Text im Abschnitt | c) im deutschen Text im Abschnitt
<i>(Übersetzung)</i> |
| <p>“Does not include, in particular:
der Hinweis auf Klasse 16 geändert in:
“- adhesives for stationery or household purposes (Cl. 16);”</p> | <p>«Ne comprend pas notamment:»
der Hinweis auf Klasse 16 geändert in:
«- les adhésifs (matières collantes) pour la papeterie ou le ménage (cl. 16);»</p> | <p>„Enthält insbesondere nicht:“
der Hinweis auf Klasse 16 geändert in:
„- Klebstoffe für Papier- und Schreibwaren oder für Haushaltszwecke (Kl. 16);“</p> |

2. In Klasse 7 werden

- | | | |
|---|---|--|
| a) im englischen Text die Wörter | b) im französischen Text die Wörter | c) im deutschen Text die Wörter
<i>(Übersetzung)</i> |
| <p>“agricultural implements;”
durch die Wörter
“agricultural implements other than hand-operated;”
ersetzt;</p> | <p>«instruments agricoles;»
durch die Wörter
«instruments agricoles autres que ceux actionnés manuellement;»
ersetzt;</p> | <p>„landwirtschaftliche Geräte;“
durch die Wörter
„nicht handbetätigte landwirtschaftliche Geräte;“
ersetzt.</p> |

3. In den erläuternden Anmerkungen zu Klasse 7 werden

- | | | |
|---|--|---|
| a) im englischen Text im Abschnitt | b) im französischen Text im Abschnitt | c) im deutschen Text im Abschnitt
<i>(Übersetzung)</i> |
| <p>“Includes, in particular:”
am Ende die Wörter
“- electric cleaning machines and apparatus.”
hinzugefügt;</p> | <p>«Comprend notamment:»
am Ende die Wörter
«- les machines et appareils électriques de nettoyage.»
hinzugefügt;</p> | <p>„Enthält insbesondere:“
am Ende die Wörter
„- elektrische Reinigungsmaschinen und -geräte.“
hinzugefügt.</p> |

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-508, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1996 · Entgelt bezahlt

4. In den erläuternden Anmerkungen zu Klasse 9 wird

- | | | |
|---|--|--|
| a) im englischen Text im Abschnitt | b) im französischen Text im Abschnitt | c) im deutschen Text im Abschnitt
(Übersetzung) |
| „Includes, in particular:“
der Absatz c.)
gestrichen; | «Comprend notamment:»
der Absatz c.)
gestrichen; | „Enthält insbesondere:“
der Absatz c.)
gestrichen. |

5. In den erläuternden Anmerkungen zu Klasse 35 wird

- | | | |
|--|---|---|
| a) im englischen Text im Abschnitt | b) im französischen Text im Abschnitt | c) im deutschen Text im Abschnitt
(Übersetzung) |
| „Includes, in particular:“
im ersten Absatz das Wort
„transmission“
gestrichen;
und vor dem ersten Absatz hinzugefügt:
„– the bringing together, for the benefit of others, of a variety of goods (excluding the transport thereof), enabling customers to conveniently view and purchase those goods;“ | «Comprend notamment:»
im ersten Absatz das Wort
«transmission»
gestrichen;
und vor dem ersten Absatz hinzugefügt:
«– le regroupement pour le compte de tiers de produits divers (à l'exception de leur transport) permettant au consommateur de les voir et de les acheter commodément;» | „Enthält insbesondere:“
im ersten Absatz das Wort
„Übermitteln“
gestrichen;
und vor dem ersten Absatz hinzugefügt:
„– Das Zusammenstellen verschiedener Waren (ausgenommen deren Transport) für Dritte, um den Verbrauchern Ansicht und Erwerb dieser Waren zu erleichtern;“ |

6. In den erläuternden Anmerkungen zu Klasse 36 wird

- | | | |
|--|--|--|
| a) im englischen Text im Abschnitt | b) im französischen Text im Abschnitt | c) im deutschen Text im Abschnitt
(Übersetzung) |
| „Includes, in particular:“
der letzte Absatz geändert in:
„– rendered to insured and insurance underwriting services.“ | «Comprend notamment:»
der letzte Absatz geändert in:
«– les services rendus aux assurés et les services de souscription d'assurances.» | „Enthält insbesondere:“
der letzte Absatz geändert in:
„– Dienstleistungen für Versicherte sowie Dienstleistungen in bezug auf den Abschluß von Versicherungen.“ |